

Europa – Festung des Wohlstands gegen die Dritte Welt?

Herausforderungen an die Entwicklungspolitik der 90er Jahre

Die zunehmende Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, besonders aber der dramatische und unerwartete Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa, hat die Hoffnung auf ein „gemeinsames Haus Europa“ geweckt. Der geplante gemeinsame europäische Markt im Jahr 1992 und die nun auch angestrebte politische Union der Europäischen Gemeinschaft verleihen dieser Hoffnung zusätzliche Dynamik und könnten Ausgangspunkt und Motor einer Entwicklung zu diesem „gemeinsamen Haus“ werden.

Für viele Länder der Dritten Welt ist diese Hoffnung aber eher ein Alptraum. Seit Monaten berichten Presse und Fachzeitschriften fast täglich von besorgten Stimmen aus dem Süden, die auf die Gefahr hinweisen, der Aufbruch in Europa mit seinen unabsehbaren Kosten könnte zu Lasten der Entwicklungsländer gehen, obwohl sie heute mehr denn je auf die Solidarität der Industrieländer angewiesen sind. Sie befürchten, sie könnten durch eine „Wohlstandsfestung Europa“ ganz ins Abseits gedrängt werden. Zahllose politische Dementis aus dem Norden haben diese Stimmen bisher nicht zum Verstummen bringen können. Stellvertretend sei der ägyptische Außenminister zitiert: „Dieser neue eiserne Vorhang wird schwieriger zu zerstören sein als der alte. Der alte beruhte auf Ideologie, der neue aber wird auf wirtschaftlichen Fakten gegründet sein . . . Dies ist nicht im Interesse des Friedens, auch nicht im Interesse weltweiter Stabilität.“¹ Ein anderer Diplomat aus der Dritten Welt meinte unlängst anlässlich einer Sitzung der Vereinten Nationen, die sich mit den kontroversen Nord-Süd-Beziehungen beschäftigte: „Der Kalte Krieg ist unblutig ausgegangen. Jetzt beginnt der heiße Krieg zwischen Nord und Süd.“²

Diese Sorgen mögen übertrieben erscheinen und das Ausmaß der Not und Armut in Osteuropa unterschätzen. Sie mögen auch vor lauter Gefahren die Chancen des europäischen Aufbruchs übersehen. Gleichwohl sind sie keineswegs unbegründet. Es ist daher wichtig, ausgehend von der gegenwärtigen Lage der Entwicklungsländer und ihren Ursachen, die Chancen und Risiken des europäischen Wandels für die Dritte Welt zu untersuchen und nüchtern abzuwägen. Dabei sind auch die Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die Industrieländer zu berücksichtigen. Aus all dem sind schließlich geeignete politische Schritte abzuleiten.

Massenelend in der Dritten Welt

Die heutige Welt ist von einer tiefen Kluft zwischen reichen und armen Ländern gezeichnet, die in den letzten Jahrzehnten noch gewachsen ist. Die westlichen Industrieländer (einschließlich Japans), mit etwa 16 Prozent der Weltbevölkerung, erhöhten ihren Anteil am Welt-Bruttosozialprodukt 1980–1988 von 64,8 auf 72,7 Prozent. In Osteuropa einschließlich der Sowjetunion, mit etwa 8 Prozent der Weltbevölkerung, sank im gleichen Zeitraum der Anteil am Welt-BSP von 12,4 auf 11,7 Prozent. Der Anteil der Entwicklungsländer am Welt-BSP sank sogar von 22,9 auf 15,6 Prozent, während ihr Anteil an der Weltbevölkerung auf 76 Prozent stieg. 1988 betrug das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in diesen Regionen 16 900, 5700 und 760 Dollar³. Ähnlich ungleich verteilt ist der Verbrauch von Rohstoffen, Energie, industriellen Produkten und vielen Konsumgütern.

Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, daß es auch zwischen und in den Ländern der Dritten Welt ein wachsendes Gefälle gibt. Während sich manche Schwellenländer und reiche Erdölländer zunehmenden Wohlstands erfreuen, gelten die achtziger Jahre für Lateinamerika oder die Philippinen als „verlorenes Jahrzehnt“, da ihr Lebensstandard in diesem Zeitraum sank. Besonders bedrückend und trostlos ist die Situation in den völlig verarmten Ländern der „Vierten Welt“, vor allem in Afrika südlich der Sahara und in weiten Teilen Südasiens.

All dies hat für zahllose Menschen verheerende Folgen. Fast eine Milliarde, also ein Fünftel der Weltbevölkerung, leben gegenwärtig in absoluter Armut. Sie können ihre physischen Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Gesundheit) nur unzureichend befriedigen, ganz zu schweigen von ihren nichtmateriellen Bedürfnissen (Arbeit, Bildung, Partizipation, kulturelle Identität). Etwa 450 Millionen Menschen sind ernsthaft unterernährt. Täglich sterben 40 000 Kinder an Hunger und anderen Mangelerscheinungen. 600 Millionen Menschen, fast die Hälfte der städtischen Bevölkerung, leben in Elendsquartieren, 100 Millionen sind völlig obdachlos. Die reale Arbeitslosenquote liegt in den meisten Entwicklungsländern bei über 30 Prozent⁴.

Bezeichnend für diese Lage ist die drückende Schuldenlast der Entwicklungsländer von gegenwärtig etwa 1300 Milliarden Dollar, mit dem Ergebnis, daß seit 1984 per Saldo mehr Geld in die reichen Länder fließt als umgekehrt. Dieser vor allem durch Schuldentilgung und Zinszahlungen bedingte Nettokapitaltransfer in den Norden betrug im Jahr 1989 mehr als 50 Milliarden Dollar. Trotzdem wächst der Schuldenberg der Entwicklungsländer immer weiter. So haben sich ihre öffentlichen und privaten langfristigen Schulden 1980–1986 von 429,6 auf 775,0 Milliarden Dollar nahezu verdoppelt, obwohl sie im gleichen Zeitraum 658 Milliarden Dollar für Schuldentilgung und Zinsen aufbrachten, also 53 Prozent

mehr als alle 1980 ausstehenden Schulden⁵. Welche Last dies bedeutet, ist daraus ersichtlich, daß zum Beispiel die Philippinen gegenwärtig mehr als 40 Prozent ihres Staatshaushalts für den Schuldendienst verbrauchen. Selbst in Indonesien, das nicht als Problemland gilt, da es seit langem allen seinen Schuldenpflichten nachkommt, beläuft sich dieser Anteil trotz kluger und erfolgreicher Wirtschaftspolitik auf 33 Prozent.

Das eigentliche Problem der Verschuldung ist jedoch, daß es vor allem die Armen in diesen Ländern sind, welche die von den Gläubigerländern auferlegte, meist rigorose Sparpolitik (Abbau von Sozialleistungen, Erhöhung der Grundnahrungsmittelpreise, Lohneinfrierung) mit wachsender Verelendung bezahlen müssen. Ein Ende dieser Krise ist nicht abzusehen. Viele Länder der Dritten Welt, besonders die Armen, stehen zu Beginn der neunziger Jahre, der „IV. Entwicklungsdekade“, vor fast unlösbaren Problemen und haben nach wie vor sehr düstere Perspektiven.

Strukturelle Ursachen des Nord-Süd-Gefälles

Die Gründe für diese Entwicklung sind zahlreich und komplex. Für eine wirtschaftliche Initiativen hemmende Ordnungspolitik, für die Vernachlässigung ländlicher Entwicklung, für unterlassene Reformen zur Umverteilung, für teure und oft sinnlose Prestigeprojekte, für Korruption und Kapitalflucht oder für unverantwortlich hohe Rüstungsausgaben sind zweifellos in erster Linie die Entwicklungsländer selbst verantwortlich, genauer ihre bürokratischen Machteliten.

Die Vertreter der Industrieländer werden nicht müde, auf diesen Tatbestand anklagend hinzuweisen. Weitgehend unberücksichtigt bleibt dagegen meist ihre eigene Mitverantwortung für ein ungerechtes Weltwirtschaftssystem, dessen Strukturen und Mechanismen diese negativen Faktoren erheblich verstärkt haben. Hauptmerkmal und Grundproblem der Nord-Süd-Beziehungen ist die strukturelle Abhängigkeit der Dritten Welt, was vor allem eine Folge höchst ungleicher wirtschaftlicher Machtverteilung ist. Diese tendenziell wachsende Abhängigkeit zeigt sich in vielen Phänomenen.

Schlimme Folgen hatte Mitte der achtziger Jahre der rapide Verfall der Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe und Agrarprodukte, wichtigste Exporteinquelle vieler, besonders armer Entwicklungsländer, wozu die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten maßgeblich beitrug⁶. Dies führte zu einer erheblichen Verschlechterung der Austauschverhältnisse zwischen Export- und Importpreisen (terms of trade) und so zu Handelsverlusten der meisten Entwicklungsländer.

Gleichzeitig errichteten viele Industrieländer, trotz ihrem Bekenntnis zum freien Welthandel, zunehmend Handelsschranken (Zölle, nichttarifäre Hinder-

nisse, Subventionen für inländische Produkte) gegen billige Importgüter aus Entwicklungsländern, um eigene gefährdete Wirtschaftszweige zu schützen. Besonders negativ wirken sich progressive Zölle aus, die mit dem Verarbeitungsgrad eines Produkts steigen. Hinzu kommen andere ungerechte Mechanismen wie Rohstoffspekulationen (Warentermingeschäfte), Verkauf von Rohstofflagerbeständen auf dem Weltmarkt bei hohen Preisen, überhöhte Lizenz- und Patentgebühren oder Preismanipulationen transnationaler Konzerne, um Steuern in Entwicklungsländern zu umgehen (transfer pricing).

Ähnliche Mechanismen im Weltfinanzsystem haben wesentlich zur gegenwärtigen Schuldenlast beigetragen. Viele private Bankunternehmen hatten Ende der siebziger Jahre aufgrund des Erdölpreissbooms hohe Bestände an Petrodollars, was sie zu einer unverantwortlichen „Politik des leichten Geldes“ veranlaßte. Sie drängten die Entwicklungsländer geradezu in die Verschuldung, indem sie auch für sinnlose Projekte und ohne ausreichende Sicherheiten billige Kredite vergaben. So errichtete eine amerikanische Firma in einem erdbebengefährdeten Gebiet der Philippinen einen Atomreaktor, der nie in Betrieb genommen wurde, aber zwei Milliarden Dollar Schulden schuf.

Als Anfang der achtziger Jahre der Staatshaushalt der Vereinigten Staaten ein hohes Defizit aufwies, ließ die amerikanische Hochzinspolitik die internationalen Zinssätze gewaltig steigen. Dies hatten einmal mehr die Entwicklungsländer mit zusätzlichen Zinsschulden und Kapitalflucht in Milliardenhöhe teuer zu bezahlen. Hinzu kamen extreme Wechselkursschwankungen, die durch weltweite Währungsspekulationen verstärkt wurden⁷.

Strukturelle Abhängigkeit kennzeichnet aber auch die nichtwirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen. Politisch sind die Entwicklungsländer aufgrund ihrer Notlage und Schuldenlast weitgehend dem Wohlwollen der reichen Länder ausgeliefert. Sie müssen fast bedingungslos die Auflagen der großen internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank oder „Pariser Club“ (Gläubigerländer) akzeptieren, in denen sie wenig Mitspracherechte haben.

All dies hat einen Prozeß der Entsolidarisierung innerhalb der Dritten Welt ausgelöst, so daß die meisten Länder nun zunächst einmal ihre eigenen Interessen zu verfolgen versuchen. Die mächtigen Länder der Ersten Welt haben diese Schwäche genutzt, um die ungeliebten Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung faktisch auf Eis zu legen.

Die soziokulturelle Abhängigkeit der Entwicklungsländer zeigt sich vor allem im einseitigen Transfer von Werten, Verhaltensmustern, institutionellen Modellen und Technologien aus den Industrieländern. Sichtbarer Ausdruck dieser Interessenlage ist eine kommerzielle Werbung, die gezielt Konsummuster der Industrieländer überträgt und damit häufig künstliche Bedürfnisse auf Kosten der realen Grundbedürfnisse weckt.

Dies führt in den Entwicklungsländern, wo die Probleme meist ganz anders gelagert sind, zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen. So sind etwa die schlechtesten Gesundheitsverhältnisse in der Dritten Welt vor allem eine Folge der Armut. Es braucht daher eine primär präventive Gesundheitspolitik, die für bessere Ernährung, sauberes Trinkwasser und hygienische Wohnverhältnisse sorgt, sowie einfachste medizinische Versorgung zu möglichst niedrigen Kosten. Das teure westliche Gesundheitssystem bietet dafür kein geeignetes Modell.

Chancen und Risiken des europäischen Aufbruchs

Auf den ersten Blick spricht vieles dafür, daß die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen und der Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa auch der Dritten Welt Vorteile bringt. Dafür lassen sich hauptsächlich drei Gründe nennen.

Ein erstes positives Ergebnis ist bereits in Ansätzen sichtbar. Seitdem die Supermächte im Gefolge der Entspannungspolitik ihre Unterstützung für Konfliktparteien abbauen oder ganz einstellen, haben sich die Regionalkonflikte zwischen Entwicklungsländern erheblich entschärft. Bestes Beispiel ist Namibia, das nach jahrelangen Befreiungskämpfen 1990 seine Unabhängigkeit erringen konnte. Dies erlaubt es den betroffenen Ländern eigentlich, ihre knappen Ressourcen nun mehr in den Dienst ihrer Entwicklung zu stellen, statt sie für Waffenkäufe zu verschwenden.

Der weltweite Entspannungs- und Abrüstungsprozeß entlastet aber auch die Etats der reichen Länder. Die dadurch freiwerdenden Gelder könnten für eine großzügige Entwicklungshilfepolitik, etwa bei der Entschuldung, eingesetzt werden. Diese Hilfe könnte noch an Wirksamkeit gewinnen, wenn sie nicht länger nach ideologischen Gesichtspunkten vergeben würde. Darüber hinaus eröffnet sich sogar die Chance für ein neues Konzept weltweiter Entwicklungszusammenarbeit. Die Umlenkung von Rüstungs- in Entwicklungsausgaben vollzieht sich allerdings nicht automatisch, sondern verlangt entsprechenden politischen Willen von seiten der reichen Länder.

Schließlich könnte der gemeinsame Markt der Europäischen Gemeinschaft wie der wirtschaftliche Aufbau in Osteuropa den Entwicklungsländern neue Möglichkeiten im Handelsbereich eröffnen. Eine Ausdehnung und Liberalisierung des Welthandels nützt erfahrungsgemäß auch ihnen, wenn sie faire Bedingungen wie etwa Vorzugszölle erhalten. Außerdem ist ein einheitlicher europäischer Markt übersichtlicher und bietet insofern leichteren Zugang. Nicht zuletzt ist für die kommenden Jahre eine erhebliche Nachfrage Osteuropas nach Rohstoffen und Billigimporten zu erwarten, was der Dritten Welt Exportchancen eröffnen und überdies die entsprechenden Weltmarktpreise steigen lassen dürfte.

Dennoch befürchten die Entwicklungsländer, ungeachtet aller gegenteiliger politischer Erklärungen, die Industrieländer und besonders Westeuropa könnten sich nun fast ausschließlich den gewaltigen Herausforderungen in Osteuropa zuwenden und darüber die Nöte und Interessen der Dritten Welt vernachlässigen⁸. Und selbst wenn dies politisch nicht beabsichtigt sei, so könnten sich die anstehenden Probleme doch als so groß erweisen, daß sie faktisch das politische und öffentliche Bewußtsein und die wirtschaftlichen Kapazitäten Europas völlig absorbieren.

Diese Sorgen mögen übertrieben erscheinen und die Chancen des europäischen Aufbruchs unterschätzen. Gleichwohl sind sie nicht einfach von der Hand zu weisen, wie die Furcht vor einem „Europa der Konzerne“, das mühsame Ringen um eine europäische Sozialcharta, wachsende Fremdenfeindlichkeit in weiten Teilen Europas⁹ oder auch die Diskussion um die Kosten der deutschen Einheit in der Bundesrepublik zeigen. Wenn schon in Europa selbst, trotz mächtiger Interessengruppen wie der Gewerkschaften, wenig Bereitschaft zu solidarischem Handeln besteht, haben die sehr viel schwächeren Entwicklungsländer in der Tat Grund zur Besorgnis. Erschwerend kommt hinzu, daß die beschriebenen strukturellen Mechanismen und Abhängigkeiten auf Weltebene durch die Einigung Europas eher verstärkt werden dürften. Dafür lassen sich eine ganze Reihe von Gründen anführen.

Wirtschaftlich sind vor allem im Bereich des Handels und der Privatinvestitionen erhebliche Nachteile für die Entwicklungsländer zu befürchten. Trotz gewaltiger Hindernisse, nicht zuletzt hoher Auslandsverschuldung, sind die bisherigen Staatshandelsländer Osteuropas zumindest längerfristig höchst attraktiv. Sie bieten einen großen Markt mit viel Nachholbedarf, der zu den internen Nachfrageimpulsen, die vom EG-Markt 1992 erwartet werden, hinzukommt. Dies könnte das Interesse vor allem Europas an neuen Märkten im Süden für einige Zeit erheblich mindern. Außerdem werden die osteuropäischen Länder vermutlich versuchen, durch niedrige Löhne und andere Anreize Investitionen anzuziehen, womit die bisherigen komparativen Vorteile der Dritten Welt in diesem Bereich an Bedeutung verlieren würden.

Verstärkt werden dürfte dieser Trend durch die Wirtschafts- und Arbeitsmentalität in Osteuropa, die – bei allen Unterschieden – den westlichen Industrieländern näher sein dürfte als die der Entwicklungsländer. Eine solche Entwicklung wird wahrscheinlich auch auf dem Arbeitsmarkt zu einer weiteren Abschottung gegen „Gastarbeiter“ von außerhalb Europas führen. Da all diese Tendenzen schon im Hinblick auf „Europa 1992“ unübersehbar sind, ist das folgende Resümee einer Wirtschaftstagung im Mai 1989, also vor dem Umbruch in Osteuropa, eher optimistisch zu nennen: „Weil die Handelspolitik der EG bisher in den Planungen für den Binnenmarkt stark vernachlässigt wurde, ist die zukünftige Politik gegenüber Entwicklungsländern vorerst nur in Umrissen erkennbar. Befürcht-

tungen bezüglich einer ‚Festung Europa‘ sind freilich nicht von der Hand zu weisen.“¹⁰

Finanziell zeichnet sich schon jetzt ab, daß der riesige Kreditbedarf der DDR und anderer osteuropäischer Länder die schon hohen Zinsen in der Bundesrepublik und anderen Industrieländern weiter steigen lassen wird, zumal auch die Vereinigten Staaten wegen ihrer hohen Verschuldung weiterhin ausländische Kredite aufnehmen werden. Dies wird, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, unvermeidlich die Schuldenlast der Dritten Welt weiter erhöhen, den Zugang zu neuen Krediten für sie erschweren und die Bereitschaft von Privatbanken zum Schuldenerlaß mindern. Inwieweit der weltweite Abrüstungsprozeß den internationalen Kapitalmarkt vielleicht entlasten wird, bleibt abzuwarten.

Die meisten OECD-Länder haben versichert, die öffentlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, deren Umfang in den letzten Jahren tendenziell abgenommen hat, nicht zu kürzen. Gleichwohl besteht die Gefahr, daß diese Zusage indirekt umgangen werden könnte, indem etwa die osteuropäischen Länder Entwicklungsländerstatus erhalten. So werden gegenwärtig 55 Millionen DM Hilfe für Osteuropa durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit abgewickelt, wobei allerdings dieser Betrag aus zusätzlichen Mitteln finanziert wurde. Auch die auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank im Mai 1990 beschlossene Erhöhung der IWF-Mittel von 120 auf 180 Milliarden Dollar berücksichtigt noch nicht die Entwicklung in Osteuropa, weshalb die Entwicklungsländer befürchten, diese Aufstockung werde ihnen wenig nützen. Auf jeden Fall aber dürften Forderungen nach mehr Entwicklungshilfe allein schon angesichts des Finanzbedarfs der DDR immer unpopulärer werden. Das private Spendenaufkommen für die Dritte Welt geht bereits spürbar zurück.

Die Sozialpolitik spielt schon heute eine nur untergeordnete Rolle auf dem Weg zum gemeinsamen Markt 1992, obwohl die Zahl der Arbeitslosen, Sozialhilfeabhängigen und Obdachlosen überall hoch und teils steigend ist. Je weniger sozialer Spielraum aber innerhalb der Industrieländer besteht, desto geringer dürfte die Bereitschaft der Bevölkerung zum Teilen auch noch mit der Dritten Welt sein. All dies läßt einen zunehmend von Eigen- und Gewinninteressen bestimmten weltweiten Wettbewerb und Verteilungskampf befürchten, bei dem kleine und ressourcenarme Länder geringe Chancen haben werden.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Vision eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ nicht nur ökonomische Ressourcen absorbiert, sondern auch ein verändertes politisches Klima schafft. Die Entwicklungsländer verlieren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geostrategisch an Bedeutung. Der Zerfall der Zweiten Welt, nicht grundlos oft als „Sieg des Kapitalismus“ bezeichnet, wird vermutlich die Tendenz, Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung abzublocken, noch verstärken. Ebenso entzieht der Abbau des Ost-West-Konflikts den Entwicklungsländern die Möglichkeit,

ideologische Differenzen gegeneinander auszuspielen, was an sich zu begrüßen ist, ihnen aber auch Nachteile bei Verhandlungen bringen kann.

Außerdem werden die europäische Einheit und der Wandel im Osten unvermeidlich viel politische Phantasie und Energie beanspruchen. Ideen, Initiativen und Einsatzbereitschaft, die bisher den Interessen der Entwicklungsländer galten, könnten dadurch umgelenkt werden. Die Berichterstattung der Massenmedien in den letzten Monaten, die sich ganz auf die „Deutsche Frage“ und den Wandel im Osten konzentrierte, zeigt dies sehr deutlich. All dies schlägt sich natürlich auch in der öffentlichen Meinung nieder.

Eine wichtige Rolle spielt bei dieser soziokulturellen Klimaveränderung die gemeinsame Geschichte Europas. Die unbestreitbare kulturelle Nähe Westeuropas zu Osteuropa muß nicht, kann aber zu einer „Ost-West-Komplizenschaft“¹¹ und „Festungsmentalität“ gegenüber den Menschen der Dritten Welt und zu Ausländerfeindlichkeit mit rassistischen Zügen führen. Schon heute gibt es dafür unübersehbare Anzeichen.

Gemeinsame Probleme der armen und reichen Länder

Die genannten Chancen und Risiken des Aufbruchs Europas für die Dritte Welt darf man freilich nicht isoliert betrachten. Gerade in den letzten Jahren zeigt sich immer deutlicher, daß die Armut und die oft fast ausweglose Lage in den Entwicklungsländern auch auf die Industrieländer Rückwirkungen hat, die allzu leicht übersehen oder verdrängt werden.

Dies zeigt etwa das immer brisantere Drogenproblem mit seinen schlimmen Folgen in den Wohlstandsgesellschaften. Haupterzeuger der Rohstoffe für Rauschgift sind verarmte Bauern in Entwicklungsländern, die so ihre Lebensexistenz zu sichern versuchen. Ähnliches gilt für jene Entwicklungsländer, die diesen Mißstand oft nur halbherzig bekämpfen, da sie anders nicht die notwendigen Devisen erwirtschaften können, um ihre drückende Schuldenlast an die reichen Länder zu begleichen. Immerhin entspricht der Wert der Drogenexporte in einigen Ländern dem Wert aller sonstigen Ausfuhren.

Ähnliches gilt für die Probleme der Umweltzerstörung in der Dritten Welt, besonders die Abholzung tropischer Regenwälder, die eine gefährliche weltweite Klimaveränderung befürchten lassen. Auch sie ist zu einem guten Teil Folge der Notlage verarmter und landloser Bauern, die durch Brandrodung ein Stück Land zum Wohnen und für ihren Lebensunterhalt zu gewinnen suchen, sowie des Schuldendrucks, den die betroffenen Regierungen durch den Export devisenträchtiger Hölzer zu verringern versuchen. Es ist nur marktgerecht, wenn Entwicklungsländer jede Möglichkeit nutzen, um neue Einnahmequellen für ihren Schuldendienst zu erschließen. Einige hatten sich sogar bereit erklärt, Giftmüll

aus Industrieländern zu „entsorgen“, obwohl sie nicht die notwendigen Anlagen besaßen, was manche westliche Unternehmen bedenkenlos ausnutzten.

Ein drittes solches Problem ist die weltweite Flüchtlingsnot, Folge von Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und Armut, was die Industrieländer mit einer wachsenden Zahl von Asylbewerbern konfrontiert. Obwohl viele von ihnen keine „politischen Flüchtlinge“ im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention sind, so fliehen sie doch in ihrer großen Mehrzahl vor aussichtsloser Armut. Solange sich am gegenwärtigen Nord-Süd-Gefälle nichts ändert, wird die Zahl dieser Menschen weiter zunehmen.

Weitgehend verdrängt wird in der Diskussion die Mitschuld der Industrieländer. Ohne Drogenkonsum in den reichen Ländern würde der Drogenmarkt zusammenbrechen. Ohne die Nachfrage nach Tropenhölzern würde ihr Export rapid zurückgehen. Ohne den verschwenderischen Verbrauch knapper Energie und die hohen Schadstoffemissionen in den reichen Ländern wäre die Umweltkrise viel geringer. Ohne die Waffenexporte in die Dritte Welt würde die Zahl der Flüchtlinge spürbar abnehmen. Ohne unerträgliche Schuldenlasten hätten Länder wie Brasilien vielleicht keine Rüstungsindustrien aufgebaut und wären nicht zu den wichtigsten Waffenlieferanten der Dritten Welt aufgestiegen.

Diese wenigen Tatsachen zeigen, daß all diese Fragen keineswegs nur oder in erster Linie Probleme der Entwicklungsländer sind, wie oft behauptet wird. Sie machen deutlich, daß es sich bei ihnen eher um Symptome des wachsenden Nord-Süd-Gefälles als um eingrenzbar und von den Entwicklungsländern allein lösbare Probleme handelt. Spezifisch an all diesen Fällen sind freilich die negativen Rückwirkungen, die sie auf die Industrieländer haben, was die Aufmerksamkeit erklärt, die sie dort erfahren. Insofern rufen sie die wachsende weltweite Interdependenz und die Tatsache der eben doch nur *einen* Welt ins Bewußtsein.

Nicht zu Unrecht werfen die Entwicklungsländer den reichen Ländern daher vor, sie verfolgten in ihrer Nord-Süd-Politik vor allem Eigeninteressen, denn bei anderen, mindestens ebenso großen Problemen wie eben der Verschuldungskrise zeigten sie weit weniger Bereitschaft zu entschlossenem Handeln. Wie berechtigt dieser Vorwurf und wie unglaublich das Verhalten der Ersten Welt ist, zeigt besonders deutlich die bestenfalls halbherzige Einschränkung von Waffenexporten, die sicher ebenso viele tödliche Folgen wie der Drogenkonsum haben und dennoch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen fortgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer, oft übersehener Aspekt wichtig. Es gibt gute Gründe, warum die Länder der Dritten Welt möglichst eigene und selbständige Wege der Entwicklung einschlagen und nicht einfach westliche Vorbilder imitieren sollten. Faktisch freilich orientieren sie sich weithin an der Lebens- und Wirtschaftsweise der Industrieländer, was nicht verwunderlich ist, da sie fast täglich deren Lebensstandard in Fernsehen und Werbung erleben. Wie stark diese Anziehungskraft ist, hat unlängst das Verhalten der DDR-Bürger ge-

zeigt, die sich in ihrer Mehrzahl dafür entschieden, möglichst bald den Lebensstandard der Bundesrepublik zu erreichen, obwohl es auch für die DDR gute Gründe für einen möglichst eigenständigen Aufbau und ein schrittweises Zusammenwachsen mit der Bundesrepublik gab.

Diese Option für den „kapitalistischen Weg“ betrifft nun aber nicht nur seine positiven Elemente, sondern auch seine negativen Folgen wie Umweltzerstörung und hohe Rüstungsausgaben. In den Entwicklungsländern sind diese Folgeerscheinungen jedoch weitaus gravierender, da ihre Armut es ihnen nicht erlaubt, sie durch kostspielige Umweltinvestitionen zu mildern oder trotz hoher Rüstungskosten eine umfangreiche Sozialpolitik zu betreiben.

Gleichzeitig ist ziemlich sicher, daß die Erde nicht überleben könnte, wenn alle so lebten wie die Industrieländer. Man braucht nur einmal die durchschnittlichen Zahlen des Fleischkonsums, des Energieverbrauchs, der Autodichte oder der Müllmenge in den reichen Ländern auf die Weltbevölkerung hochrechnen, um von Alpträumen geplagt zu werden. All dies zeigt, daß es auch im Bereich der Kommunikation und der damit geweckten Erwartungen nur mehr *eine* Welt gibt, die gerade darum höchst gefährdet erscheint.

Angesichts all dieser Fakten läßt sich eigentlich nur die Schlußfolgerung ziehen, daß die bisherige Nord-Süd-Politik weithin gescheitert ist und sogar kontraproduktiv war, da sie nicht nur die Notlage der Entwicklungsländer insgesamt verschärfte, sondern auch den zumindest längerfristigen Eigeninteressen der Industrieländer selbst schadete. Im Grund findet bereits seit langem ein harter Verteilungskampf um knappe Ressourcen statt¹², der nicht nur in den Entwicklungsländern gewaltsame Konflikte auslöst, sondern längerfristig auch den Weltfrieden und die natürliche Umwelt der ganzen Menschheit bedroht.

Um so beunruhigender ist die Vorstellung, der in vieler Hinsicht so hoffnungsvolle Aufbruch in Europa könnte zu einer „Festung Europa“ gegen die Dritte Welt führen und die bestehenden Verteilungskämpfe möglicherweise noch verschärfen. Wenn man erlebt, wie egoistisch und rechthaberisch die Diskussionen um die Kosten der deutschen Einheit in der Bundesrepublik teilweise verlaufen und wie skrupellos sich manche Bundesbürger auf Kosten der DDR zu bereichern versuchen, kann man sich ausmalen, in welcher schwachen Position sich die Menschen der Entwicklungsländer befinden, die historisch und kulturell so weit entfernt liegen.

Eine Welt für alle¹³

Der künftige Weg Europas und seine Folgen für die Dritte Welt sind nicht schicksalhaft vorgegeben. Ob die Chancen oder aber die Risiken eines „gemeinsamen Hauses Europa“ Wirklichkeit werden, hängt vielmehr von richtigen poli-

tischen Entscheidungen ab und von der Bereitschaft der Bevölkerung, sie mitzutragen. Dabei ist es ziemlich unwichtig, ob man in dieser Hinsicht eher zu Optimismus oder Pessimismus neigt. Ausschlaggebend wird sein, ob es gelingt, kurz-sichtigen persönlichen und kollektiven Egoismus zu überwinden und weltweite „neue Allianzen der Solidarität“¹⁴ für eine menschenwürdige Entwicklung aller Menschen zu schließen. Dies dürfte die große und eigentliche Herausforderung für die Entwicklungspolitik der neunziger Jahre und darüber hinaus sein. Eine solche Politik hat freilich weitreichende Konsequenzen.

Das Elend und die vielfältigen Abhängigkeiten der Dritten Welt haben das Problem der Unterentwicklung zur internationalen sozialen Frage werden lassen. Für eine damit gebotene internationale Entwicklungspolitik tragen die Industrieländer aufgrund ihrer beherrschenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rolle besondere Verantwortung. Nur wenn sie den Interessen der „armen Welt“ in ihrer Politik erheblich mehr Gewicht einräumen, also eine sozial orientierte „Weltinnenpolitik“ betreiben, besteht Hoffnung auf mehr internationale Gerechtigkeit, weltweiten Frieden und ein Überleben dieser Erde. Selbst überzeugte Vertreter marktwirtschaftlicher Prinzipien betonen, daß die Entwicklungsländer nur dann erfolgreich notwendige Reformen einleiten können, wenn sie dem internationalen Konkurrenzkampf nicht schutzlos ausgeliefert sind¹⁵.

Viele Industrieländer sind durchaus bereit, der Dritten Welt Hilfe zu leisten, und sei es nur aus eigennützigen Motiven. Sie schrecken aber vor den politischen Konsequenzen und Kosten weltweiter Strukturreformen zurück. Die erforderlichen Maßnahmen, zum Beispiel Abbau von Handelsschranken in der Landwirtschaft und in einigen Industriezweigen oder Verzicht auf Rüstungsproduktion und Waffenexporte, würden nämlich ihre eigenen Probleme verschärfen; man denke nur an den Existenzkampf kleinbäuerlicher Betriebe, die hohe Arbeitslosigkeit oder unausgelastete Produktionskapazitäten. Ebenso würden mehr Gelder für Entwicklungshilfe oder Schuldenerlaß möglicherweise unpopuläre Steuererhöhungen verlangen, wenn gleichzeitig die osteuropäischen Länder unterstützt und die eigenen sozialen Probleme wie Wohnungsnot und neue Armut nicht verschärft werden sollen. Eine solche Politik stößt darum auf gewaltige und teils durchaus verständliche Widerstände.

Die hier sichtbare enge Verflochtenheit von Innen- und Außenpolitik schafft also nicht selten schwierige Zielkonflikte zwischen einer sozialgerechten und solidarischen Politik auf nationaler beziehungsweise europäischer Ebene einerseits und im internationalen Maßstab andererseits. Mehr weltweite Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit sind daher nur möglich, wenn die Industrieländer und besonders Europa schwierige und langfristige Strukturreformen in ihren Ländern einzuleiten beginnen.

Derartige Reformen lassen sich in Demokratien aber nur verwirklichen, wenn sie von den Wählern und damit breiten Bevölkerungskreisen mitgetragen wer-

den. Dies setzt einen tiefen Bewußtseinswandel und die Bereitschaft zu innerstaatlicher Solidarität und Umverteilung voraus. Andernfalls werden die unvermeidbaren Opfer allein zu Lasten der in diesen Ländern sowieso schon Benachteiligten gehen. Mehr weltweite Solidarität verlangt also mehr innerstaatliche Solidarität, oder mit anderen Worten: *Solidarität ist unteilbar!*

So einsichtig ein solches Plädoyer für eine solidarische Welt sein mag, so sehr steht es im Widerspruch zur heute weithin vorherrschenden ökonomistischen und technokratischen Wertordnung, die zu einer „Überentwicklung“ geführt hat¹⁶. Nationale Volkswirtschaften wie Weltwirtschaft müssen das selbstgewählte Diktat und den Absolutheitsanspruch von Grundsätzen wie Wachstum, Markt, Freihandel, Leistung, Konkurrenz und private Gewinnaneignung überwinden. Andernfalls besteht die Gefahr eines letztlich für alle verhängnisvollen Wettlaufs, dessen innerer Logik sich kein Land im Alleingang entziehen kann. Schon heute nämlich scheint diese Wirtschaftsordnung tendenziell darauf angelegt zu sein, jene an den Rand zu drängen, die schlechtere Ausgangsbedingungen haben oder weniger leistungsfähig sind. Selbst in den Industrieländern fällt es staatlicher Wettbewerbs- und Sozialpolitik immer schwerer, die notwendigen Gegengewichte zu setzen. Noch viel verheerender sind die Folgen auf Weltebene, wo die ausgleichende Rolle einer Sozialpolitik fast völlig fehlt. Das Ergebnis sind „Zweidrittelgesellschaften“ im reichen Norden und eine „Einviertelgesellschaft“ weltweit, wobei ganze Nationen auf der Strecke bleiben.

Da aber auch die reichen Länder nicht auf Dauer in der bisherigen Weise weiterwirtschaften und weiterleben können, wenn sie nicht das eigene Überleben, oder zumindest das der Mehrzahl der Menschen, künftige Generationen eingeschlossen, zerstören wollen, haben sie eigentlich nur eine Wahl, nämlich soziale Marktwirtschaft und freiheitliche politische Ordnung nach dem Leitbild einer solidarischen Welt umzugestalten¹⁷. Dies relativiert auch die Euphorie über den „Sieg des Kapitalismus“, der selbstzerstörerische Folgen haben könnte. Auf jeden Fall wird in Zukunft das Argument, der „sozialistischen Wirtschaftsordnung“ überlegen zu sein, erheblich an Gewicht verlieren. Statt dessen wird sich die „kapitalistische Wirtschaftsweise“ daran messen lassen müssen, inwieweit sie selbst sozial- und umweltverträglich ist.

Da noch niemand genau weiß, wie und mit welchen Maßnahmen diese Aufgaben politisch am besten zu bewältigen sind, müssen die Menschheit und jeder einzelne all ihre kreativen Fähigkeiten einsetzen, um zumindest die heute schon möglichen Schritte zu tun. Hier wäre an Maßnahmen wie Schuldenerleichterung, Abbau des Protektionismus in den Industrieländern, multilaterale Reformen, Vorzugsbedingungen für Entwicklungsländer oder mehr Mitspracherechte der Dritten Welt zu denken. Dabei wird es freilich entscheidend darauf ankommen, vor allem den ärmsten, aber auch den mittleren Entwicklungsländern Vorrang einzuräumen¹⁸.

Epochale Herausforderung für die Kirchen

Auch die Kirchen müssen sich dieser epochalen Herausforderung stellen. Sie tragen sogar eine besondere Verantwortung, die aus ihrem ureigenen Auftrag erwächst, die Botschaft des Evangeliums weltweit zu verkünden und glaubwürdig zu leben. Sie müssen die Notwendigkeit einer solidarischen Welt prophetisch verkünden, sich für alternative Werte im Geist des Evangeliums in Wort und Tat einsetzen und vor allem als Anwälte der in der gegenwärtigen Lage allzuleicht vergessenen Armen wirken¹⁹. Wenn sie diesem hohen Anspruch gerecht werden wollen, müssen sie allerdings den Mut haben, durch Bewußtseinsbildung und politisches Engagement den Boden für notwendige Reformen zu bereiten, auch wenn dies unangenehme Konflikte auslöst und ihnen Anfeindungen einhandelt.

Als „transnationale Basisorganisationen“ besitzen die Kirchen manche Möglichkeiten, die auf staatlicher Ebene nicht existieren. Sie haben enge Verbindung mit den Kirchen in der Dritten Welt, was einen unmittelbaren Kontakt zu den betroffenen Menschen dort und ein intensiveres Bewußtsein für die *eine* Welt ermöglicht. Aus all dem könnten Anstöße und Ideen für einen veränderten Lebensstil in den reichen Ländern erwachsen, was fast von selbst zum politischen Engagement für die Dritte Welt führen würde. Dies würde auch das Gewicht der Stimme der Kirchen im politischen Interessenstreit verstärken.

Wie schwierig es freilich ist, weltweit zu denken und dementsprechend zu handeln, hat gerade erst die ökumenische Weltversammlung in Seoul gezeigt, die im Unterschied zum europäischen Treffen in Basel recht kontrovers verlief. Die Vertreter der Kirchen aus der Dritten Welt forderten immer wieder die Rechte der Armen ein und leiteten daraus einen Vorrang der Gerechtigkeit ab. Die beiden anderen großen Ziele Frieden und Bewahrung der Schöpfung halten sie nämlich nur dann für erreichbar, wenn zuerst durch Solidarität eine gerechtere Welt geschaffen wird. Andernfalls müßten einmal mehr die Armen die Hauptlast tragen²⁰.

Im Hinblick auf die deutsche Einheit heißt es in der Erklärung der evangelischen und katholischen Kirche vom 26. Juni 1990, die Teilung sei nur durch Teilen überwindbar. Das gleiche gilt für die weltweite Teilung zwischen Ost und West und noch mehr zwischen Nord und Süd. Es braucht die Solidarität mit den Menschen in Osteuropa und die Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt. Es wäre verhängnisvoll, würden die einen gegen die anderen ausgespielt. Sehr deutlich hat dies der Schriftsteller und Bürgerrechtler Václav Havel anläßlich seiner Dankrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 15. Oktober 1989 in der Paulskirche in Frankfurt formuliert. Der damalige Dissident, dem die Ausreise verweigert wurde, und heutige Präsident der Tschechoslowakischen Föderativen Republik stellte fest:

„Diese Welt, und vor allen Dingen Europa, befindet sich gegen Ende des zweiten Jahrtausends nach Christi an einer besonderen Kreuzung: Lange gab es

nicht so viele Gründe für die Hoffnung, daß alles gut ausgeht, und niemals gab es zugleich so viele Gründe für die Befürchtung, daß, wenn alles schlecht ausgehen sollte, dies die endgültige Katastrophe sei. Es ist nicht schwer zu belegen, daß alle Hauptbedrohungen, denen die Welt heute entgentreten muß, vom Atomkrieg über die ökologische Katastrophe bis zur sozialzivilisatorischen Katastrophe (damit meine ich den sich vertiefenden Abgrund zwischen reichen und armen einzelnen und Nationen), irgendwo in ihrem Inneren eine gemeinsame Ursache verborgen halten: die unauffällige Wandlung des ursprünglich demütigen Wortes in ein hochmütiges.“²¹

ANMERKUNGEN

¹ South 114 (April 1990) 13–17, dieses Zitat 16. ² SZ 21./22. 4. 1990, 33.

³ South, a. a. O. 14; Weltentwicklungsbericht 1982, hrsg. v. d. Weltbank (Washington 1982) 23 (Tab. 3.2).

⁴ UNICEF, *The State of the World's Children* 1989 (Oxford 1989).

⁵ South 85 (Nov. 1987) 4, auf der Basis von Daten der Weltbank (Developing Country Debt 1986–87).

⁶ M. Hainz, *Entwicklungsländer als Opfer der Agrarpolitik der EG*, in dieser Zschr. 206 (1988) 829–840.

⁷ Zu diesen strukturellen Zusammenhängen vgl. M. Kaiser, N. Wagner, *Entwicklungspolitik* (Bonn 1986); W. Ochel, *Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft* (Köln 1982); M. P. Todaro, *Economic Development in the Third World* (New York 1985), bes. Kap. 12–14, 17.

⁸ Zu den Auswirkungen des EG-Markts 1992: *Die Europäische Gemeinschaft in der Weltwirtschaft*, hrsg. v. d. Edition-Dräger-Stiftung (Baden-Baden 1988); *Europa '92: Ein Markt, keine Vision?* (epd-Dritte Welt Information Nr. 2–3/1990); K. Fasbender, K. W. Menck, *Konsequenzen des Binnenmarktes für die Kooperation der Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern*, in: *Der Europäische Binnenmarkt*, hrsg. v. O. G. Mayer u. a. (Hamburg 1989) 519–543; G. Koopmann, H. E. Scharrer, *EC Trade Policy Beyond 1992*, in: *Interconomics* 24 (1989) 207–215; Lomé IV und die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Dritte Welt, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 8–9 (1989) 2–18. Zu den Folgen des Wandels in Osteuropa für die Dritte Welt: M. Dauderstädt, *Entwicklungspolitik '92: Abkehr von der Dritten Welt* (Eurokolleg 3, Bonn 1990); *Dritte Welt im Abseits? Die Folgen des Umbruchs in Osteuropa* (epd-Dritte Welt Information Nr. 4/1990); F. Nuscheler, *Hilfe für den Osten auf Kosten der Dritten Welt?*, in: *Der Überblick* 25 (1989) 4, 70–72.

⁹ W. Däubler u. a., *Sozialstaat EG? Die andere Dimension des Binnenmarktes* (Gütersloh 1989); *Europa '92. Industriestandort oder sozialer Lebensraum*, hrsg. v. F. Steinkühler (Hamburg 1989).

¹⁰ So H. Sautter in: *ZWS* 110 (1990) 162. ¹¹ F. Nuscheler, a. a. O. 72.

¹² M. Dauderstädt, A. Pfaller, *The New Zero-Sum World. International Competition and Global Economic Growth* (Bonn 1985).

¹³ Unter diesem Motto stand eine bundesweite, medienintensive Projektwoche im Mai 1990, die schon lange vor dem Wandel in Osteuropa im Herbst 1989 geplant wurde.

¹⁴ Instr. d. Congr. f. d. Glaubenslehre über die christl. Freiheit und die Befreiung (22. 3. 1986) 89. Dies ist wohl auch das Grundanliegen der Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“ Johannes Pauls II. (30. 12. 1987), vgl. bes. Nr. 37 bis 39.

¹⁵ J. Röpke, *Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung bei internationalem Kompetenzgefälle*, in: *Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen*, hrsg. v. A. Schüller u. U. Wagner (Stuttgart 1980) 81–97.

¹⁶ So eine der Kernaussagen von „*Sollicitudo rei socialis*“, vgl. 27f.

¹⁷ Vgl. etwa die Überlegungen v. W. Kessler, *Aufbruch zu neuen Ufern. Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie* (Oberursel 1990).

¹⁸ J. Wiemann, *EG-Binnenmarkt und die Dritte Welt. Gesamtbilanz positiv oder negativ?*, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 8–9 (1989) 11–13.

¹⁹ *Dokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“*, Basel, 15.–21. Mai 1989, bes. Nr. 62, 84 und 85.

²⁰ K. Weber, *Seoul* 5.–12. März 1990, in: *Orientierung* 54 (1990) 61–65.

²¹ *Herderkorrespondenz* 43 (1989) 526–531, hier 531.